Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 3.Sitzung

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
13. November 2003	**10.00 Uhr**	**10.30 Uhr**	**Rembertiring 8-12**

Teilnehmer/innen:
siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 30. September 2003	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Beratungsschwerpunkte der 303. Plenarsitzung der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 09. 10. 2003 in Darmstadt	Vorlage L 13
TOP 5	Änderung der Zeugnisordnung; Zeugnisvermerke über Fehlzeiten	Vorlage L 14
TOP 6	Verordnung über die Aufnahme in Schulen und Bildungsgänge;	Vorlage L 16 Vorlage L 16 A

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen genehmigt. Senator Lemke weist darauf hin, dass in Ergänzung der Vorlage L 16 „Verordnung über die Aufnahme in Schulen und Bildungsgänge“ die Tischvorlage L 16 A verteilt wurde.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 30. September 2003

Das Protokoll der 2. Sitzung der Deputation für Bildung vom 30. September 2003 wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

1. Der **Bericht des Berufsbildungsausschusses** wurde versandt.
2. **Informationen zur Vorlage L 8** „Regelungen zum Übergang von der 6. in die 7. Jahrgangsstufe“ wurden verteilt.
3. Ein Bericht zum „**Bildungsbericht für Deutschland“** wurde verteilt.
4. Die **Schnellmeldungen für das Schuljahr 2003/2004** wurden verteilt.
5. Das **Adressverzeichnis** der Mitglieder der Deputation für Bildung wurde verteilt.

6. Die **Terminplanung 2003/2004** wurde verteilt. Senator Lemke weist darauf hin, dass aufgrund der Terminlage zur Beratung der Haushaltsvorlage eine Sondersitzung notwendig ist. Er schlägt vor, diese Sitzung am 16. Dezember 2003 um 11.30 Uhr im Haus der Bürgerschaft durchzuführen. Die Mitglieder der Deputation stimmen diesem Terminvorschlag zu.

7. Frau Allers bittet, den Mitgliedern der Deputation ein Konzeptpapier zu den Zielen und dem Ablauf des **Projektes „Den Qualitätverbesserungsprozess an Schulen gestalten" (QVP)s** zukommen zu lassen.

8. Herr Rohmeyer fragt, wann die nach Bildungsgängen differenzierten **neu zu entwickelnden Curricula** vorliegen und wann sie die Schulen erhalten. Außerdem soll dargestellt werden, wie die Übergange zwischen den Bildungsgängen ermöglicht werden sollen.

9. Herr Rohmeyer bittet darum, dass Informationsangebot hinsichtlich der neuen Schulstruktur auszuweiten, da viele Eltern sich noch nicht ausreichend informiert fühlten. Senator Lemke erwidert, dass sich derzeit 10.000 Elternbriefe zur neuen Schulstruktur in der Verteilung an die Eltern der Schülerinnen und Schüler der 3. Und 4. Klassen befinden. Im Dezember sind dezentrale Informationsveranstaltungen mit Behördenvertretern in Grundschulen auch mit Vertretern/Vertreterinnen der weiterführenden Schulen geplant. Die Empfehlungen in den 4. Klassen der Grundschulen werden Ende Januar ausgesprochen, im Februar folgt die Präsentation der Sek. I Schulen, die Anmeldungen durch die Eltern sollen bis 12. März erfolgen. Herr Glintenkamp regt an, die Beiräte über diese Zeitschiene zu informieren.

Senator Lemke sagt die Beantwortung der offenen Fragen zur nächsten Sitzung der Deputation für Bildung zu.

TOP 4 Beratungsschwerpunkte der 303. Plenarsitzung der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 09.10.2003 in Darmstadt **Vorlage L 13**

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis

TOP 5 Änderung der Zeugnisordnung; Zeugnisvermerke über Fehlzeiten **Vorlage L 14**

Senator Lemke bittet darum, auf Seite 1 der Vorlage im zweiten Absatz die Worte „Jahrgangsstufe 8" durch „Jahrgangstufe 9" zu ersetzen. Frau Allers merkt an, dass der Landesausschuss für Berufsbildung zwar nicht beteiligt wurde, der Vorlage aber ausdrücklich zustimme. Herr Köhler bemängelt, dass ein Leben lang unentschuldigtes Fehlen im Zeugnis stehe. Senator Lemke antwortet, dass zur Steigerung der Schulleistungen Verbindlichkeit notwendig ist. Die Resonanz die er bisher von Schulleitern erhalten hat sei durchweg positiv. Herr Stührmann (GSV) kritisiert, dass der Grund des Fehlens nicht genannt werde. Frau Schmidtke erwidert, dass die Ursachenforschung nicht in das Zeugnis gehöre.

Beschluss (bei 2 Gegenstimmen von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN):

Die Deputation stimmt der in der Anlage 3 beigefügten Verordnung zur Änderung der Ordnung für Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte zu.

TOP 6 Verordnung über die Aufnahme in Schulen und Bildungsgänge **Vorlage L 16**
Tischvorlage L 16A

Frau Hövelmann regt an, im § 8 „Aufnahme in bilinguale gymnasiale Bildungsgänge“ das Wort „gymnasiale“ zu streichen und den weiteren Text entsprechend zu ergänzen, da es auch andere bilinguale Bildungsgänge geben werde. Herr Fries gibt zu Bedenken, dass der Zeitablaufplan sehr eng sei. Da die Debatte um die Aufnahmeverordnung schon vor der Gesetzesreglung geführt werde, sei insbesondere das Beteiligungsverfahren problematisch. Herr Fries bittet um eine Prüfung, wie sich die 10 % Quote von Schülern aus anderen Stadtteilen auf regionale Profile auswirken könnte. Er regt an, weiterhin auch regional verankerte Profile zuzulassen. Senator Lemke erläutert, dass er regional verankerte Profile unterstütze. Es müsse aber auch eine Möglichkeit des Zugangs für andere Schüler gegeben sein. Herr Rohmeyer findet es problematisch, eine Kontingentierung nach Schulweg bei freier Schulwahl vorzunehmen. Er weist darauf hin, dass eine endgültige Entscheidung erst nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens erfolge. Senator Lemke bekräftigt, dass es nicht zu einem „Schultourismus“ kommen dürfe. Daher schlage er vor, die vorgesehene Prioritätenfolge vorzusehen. Herr Stührmann (GSV) befürchtet, dass keine Wanderung von den sozial besser gestellten in sozial schlechter gestellte Stadtteile erwartet werden könne. Ein zukünftiges Problem sei also die soziale Entmischung durch eine frei Anwahl. Weiterhin kritisiert er die zeitliche Enge des Beteiligungsverfahrens. Herr Henschen weist darauf hin, dass die Kombination aus Wohnortnähe und überregionaler Anwahlmöglichkeit eine Vorraussetzung für die weitergehende Information in den Regionen sei. Frau Hövelmann erklärt, dass nicht die Lage einer Schule sondern insbesondere auch ihr Angebot und ihr Konzept ihre Attraktivität bestimmen werde. Herr Fries weist darauf hin, dass es schwierig sei, vor Abschluss des Beteiligungsverfahrens zum Schulgesetz eine Festlegung zu treffen. Senator Lemke antwortet, dass heute keine Detailbeschlüsse getroffen werden, vielmehr gehe es darum, die Tendenz Härtefälle vor Profil und Wohnortnähe sowie die überregionale Anwahlmöglichkeit grundsätzlich zu bestätigen.

Beschluss (bei 2 Enthaltungen von Bündnis 90/ DIE Grünen)

Die Deputation für Bildung nimmt den Entwurf einer Verordnung über die Aufnahme in schulen und Bildungsgänge zur Kenntnis und stimmt dem vom Senator für Bildung und Wissenschaft vorgeschlagenen weiteren Verfahren zu.

Senator Sprecher Protokollantin